

Entlastungspaket für Gemeinden droht am Veto der ÖVP zu scheitern – GVV fordert: Gemeinden sollen selbst entscheiden s. 6

Österr. Gemeindetag in Oberwart: Der 70. Österreichische Gemeindetag findet heuer in Oberwart statt. Anmeldung gestartet. Seite 3

GVV Präsident Erich Trummer und sein Team wünschen ein frohes und besinnliches Osterfest!

Pressl neuer Gemeindebund Präsident: GVV Burgenland gratuliert und setzt auf eine gute Zusammenarbeit im Interesse der Gemeinden S. 10

Klartext!

Bgm. Erich Trummer
Präsident GVV
Burgenland

Sachpolitik statt Parteipolitik gefordert!

**Geschätzte Bürgermeister*innen und Vizebürgermeister*innen!
Liebe Gemeindevertreter*innen!
Sehr geehrte Damen und Herren!**

Aufgrund der verfehlten Politik der Bundesregierung sind die Einnahmen der Gemeinden seit Monaten rückläufig, während die Ausgaben im Zuge der massiven Teuerung explodieren. Somit werden heuer voraussichtlich rund die Hälfte der Gemeinden in Österreich in ein tiefes Finanzminus schlittern. Die Landesregierung mit Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und die roten sowie schwarzen Gemeindevertreter haben deshalb - über Parteigrenzen hinweg - ein finanzielles Entlastungspaket ausgearbeitet. Diese nachhaltige Strukturreform für die burgenländischen Gemeinden soll unmittelbar die Liquidität wiederherstellen und die vielfältigen Gemeindeleistungen für die Bürgerinnen und

Bürger nachhaltig sichern. Die ÖVP-Parteispitze verweigert aber (noch) die Zustimmung im Landtag für den erforderlichen Beschluss mit einer Zweidrittelmehrheit.

Der Gemeindevertreterverband Burgenland hofft jedenfalls nach wie vor, dass das kommunale „Überlebenspaket“ mit Vernunft und Weitblick, über die Parteigrenzen hinaus, finalisiert werden kann und fordert nach dem Verursacherprinzip auch vom Bund finanzielle Hilfe.

Wie gesagt, wir Gemeindevertreter haben, gemeinsam mit dem Landeshauptmann und der Gemeindereferentin, das mit Abstand größte und nachhaltigste Gemeindeentlastungspaket im Bundesvergleich ausgearbeitet. Eine Blockade dieses Entlastungspaketes wäre für unsere bisher gewohnten Gemeindeleistungen fatal. Von der Kinderbetreuung bis zur Altstoffsammelstelle, ganz zu schweigen was Investitionen in Zukunftsprojekte angeht, würden vielfach die Mittel fehlen. Ich appelliere deshalb an alle Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter im Sinne der burgenländischen Gemeinden und unserer Bürgerinnen und Bürger, kommunale Sachpolitik vor Parteipolitik zu stellen und das vorliegende Angebot des Landes zu unterstützen!

In diesem Sinn danke ich Euch und ersuche Euch weiterhin um gute Zusammenarbeit und Unterstützung!

Ich wünsche Euch ein frohes Osterfest und alles Gute!

Euer

Erich Trummer,
GVV Präsident



70.
Österreichischer
Gemeindetag

70. Österreichischer Gemeindetag am 18. und 19. September 2024 in Oberwart

Der GVV Burgenland ist heuer gemeinsam mit dem Burgenländischen Gemeindebund Gastgeber des 70. Österreichischen Gemeindetages des Österreichischen Gemeindebundes am 18./19. September in Oberwart. Die Anmeldung zu dieser größten kommunalpolitischen Veranstaltung Österreichs ist ab sofort möglich. Auch Hotelkontingente können so gebucht werden.

Er steht unter dem Motto „Gemeinsam Zukunft gestalten – Energie. Technologie. Natur“. Das Burgenland ist Vorreiter in der Nutzung von erneuerbaren Energiesystemen – auf Basis von Wind und Sonne, sowie im Bereich der optimierten Netznutzung. Gemeinsam mit der Kommunalmesse bietet

der Österreichische Gemeindetag an zwei Tagen die neuesten Entwicklungen auf dem Klima- und Energiesektor, der kommunalen Wirtschaft sowie der Digitalisierung.

Programm mit vielen Highlights

Im Rahmen eines Europafestes am Mittwochabend, 18.9.2024, kommen Persönlichkeiten zu Wort, die Österreichs Weg nach Europa mitgestaltet haben. Nach der Haupttagung des 70. Österreichischen Gemeindetages am Donnerstag, 19.9.2024 ab 15 Uhr, wird am Abend die Kunst und Kulinarik des Burgenlandes im Rahmen des Galaabends vor den Vorhang geholt.

Anmeldung unter:
<https://reglist24.com/gt24>

WIR GRATULIEREN

**Der GVV Burgenland
wünscht alles Gute
zum Geburtstag!**

BGM.ⁱⁿ

Renate HABETLER

Bernstein

60

BGM.

Michael LAMPEL

Neufeld

60

BGM.

Werner HUF

Müllendorf

60

VBGM.

Josef KOCH

Mönchhof

40



Neufelds Bürgermeister Michael Lampel feierte vor kurzem seinen 60er. Er fungiert im GVV schon seit vielen Jahren als Verbandskassier. In Vertretung von Präsident Erich Trummer gratulierten Vizepräsidentin Ulrike Kitzinger und der 2. LGF Patrick Hafner. Sie dankten ihm auch für seine langjährige Arbeit und Loyalität. Foto: GVV Bgld.

Landesgruppenkonferenz des Städtebundes:

Im Februar fand in Neusiedl am See die Landesgruppenkonferenz des Städtebundes der Landesgruppe Burgenland statt. Unter den TeilnehmerInnen waren auch GVV LGF Herbert Marhold, Städtebund Burgenland Vorsitzende Elisabeth Böhm, LHStv. Astrid Eisenkopf, StB Burgenland LGF Judith Siber und Städtebund Österreich GS Thomas Weninger.

Foto: GVV Burgenland



Zur Sache!

**Liebe Gemeindevertreterinnen!
Liebe Gemeindevertreter!**



Mag. Herbert Marhold
1. Landesgeschäftsführer

Laut einer aktuellen Umfrage von Demox Research ist das Vertrauen der Menschen in ihre Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit 55 Prozent auf einem stabilen Hoch. Gott sei Dank, kann man da, angesichts der vielen Vorfälle der letzten Monate, nur sagen. Aus der Studie geht außerdem hervor, dass das Vertrauen in die Gemeinde im Vergleich zu anderen politischen Ebenen mit Abstand am höchsten ist. Das ist kein Selbstläufer und auch keine Selbstverständlichkeit, sondern muss laufend erarbeitet werden. Auch im Vergleich der vergangenen Jahre zeigt sich, dass die Gemeinden stabile Vertrauenswerte genießen, auch im Verhältnis zu den anderen politischen Ebenen, wie EU, Bund und Land. Ganze 40 Prozent der Menschen geben an, der Kommunalpolitik am meisten zu vertrauen. Etwa ein Fünftel spricht der Landespolitik das höchste Vertrauen aus und nur neun Prozent vertrauen

der Bundespolitik am meisten. Knapp darüber liegt die EU-Politik, ihr bringen zehn Prozent der Befragten das höchste Vertrauen entgegen. Interessant sind auch die regionalen Unterschiede. In Vorarlberg zB. vertrauen deutlich mehr Menschen der Gemeindepolitik als der Landes- oder der Bundespolitik. Im Burgenland haben wir gute Daten, sowohl für die Landes-, als auch für die Gemeindepolitik. Das hängt sicher auch mit der kleinstrukturierten politischen Landschaft des Burgenlands zusammen. Jeder kennt hier jeden.

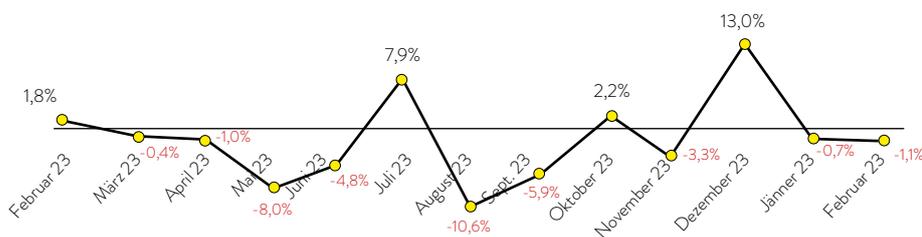
Im Vergleich mit anderen Institutionen genießen die BürgermeisterInnen in Österreich nach der Polizei und der Justiz die höchsten Vertrauenswerte. Sie liegen mit 55 Prozent über den Landesregierungen (43 Prozent), der EU (39 Prozent), dem österreichischen Parlament (38 Prozent) und weit über der Bundesregierung (33 Prozent), den Medien (29 Prozent) und den politischen Parteien (18 Prozent). Die Gründe dafür sind unterschiedlich: mehr als ein Viertel der Menschen trauen es am ehesten den Gemeinden zu, unmittelbare Probleme vor Ort zu lösen. Der Landespolitik trauen dies 21 Prozent zu, der Bundespolitik gar nur 16 Prozent. Der Zeitvergleich zeigt hier einen Vertrauenszuwachs für die Gemeindepolitik, was man auch an der Präsenz der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in der Corona-Krise sieht. Zuletzt gaben 53 Prozent der Befragten an, dass ihr/e Bürgermeister/in während der Corona-Krise sehr präsent gewesen sei. Auch zeigen sich die Menschen Großteils zufrieden mit der Gemeindepolitik und geben an, die Entwicklung ihrer Gemeinde gehe in die richtige Richtung. Mehr als zwei Drittel der Menschen sind zufrieden mit den Leistungen der Gemeinde. Das ist ein sehr hoher Wert. Klar ist, dass in Krisenzeiten gerade die Gemeindepolitik die Sorgen und Anliegen der Menschen am unmittelbarsten mitbekommt. Bei allen Themen, die die Gemeinden derzeit beschäftigen – die wirtschaftliche Lage, Wohnungs- und Bauthemen, Nachhaltigkeit, Flüchtlinge und Personalmangel – ist das oberste Ziel der Gemeindevertretungen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern die besten Lösungen direkt vor Ort zu finden. Die Menschen spüren, wenn man für sie da ist und dass schätzen sie auch dementsprechend. Hier gilt es, diese Werte zu bewahren und, wenn möglich, auszubauen mit guter und ehrlicher Leistung auf kommunaler Ebene.

In diesem Sinne wünsche ich allen Frohe Ostern und ein paar schöne Feiertage!

Mag. Herbert Marhold
1. Landesgeschäftsführer

Ertragsanteile im Vergleich zwischen 2023 und 2024

prozentuelle Veränderung im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr (ohne Wien)



-0,9 Prozent
-15 Mio. €



Österreichischer
Gemeindebund

Quelle: BMF II/3
Angaben ohne Gewähr

Ertragsanteile der Gemeinden rutschen österreichweit wieder ins Minus

Die Finanzlage der Gemeinden bleibt angespannt. Fiel das Aufkommen im Dezember 2023 bei den beiden großen Massensteuern (Umsatzsteuer +7,0% und Lohnsteuer +4,1% im Vorjahresvergleich mit Dezember 2022) noch relativ stabil aus, so lagen die Vorschüsse im Februar 2024 aber bereits österreichweit 1,6 Prozent im Minus – nachdem es auch schon im Jänner ein leichtes Minus von 1,0 Prozent gab.

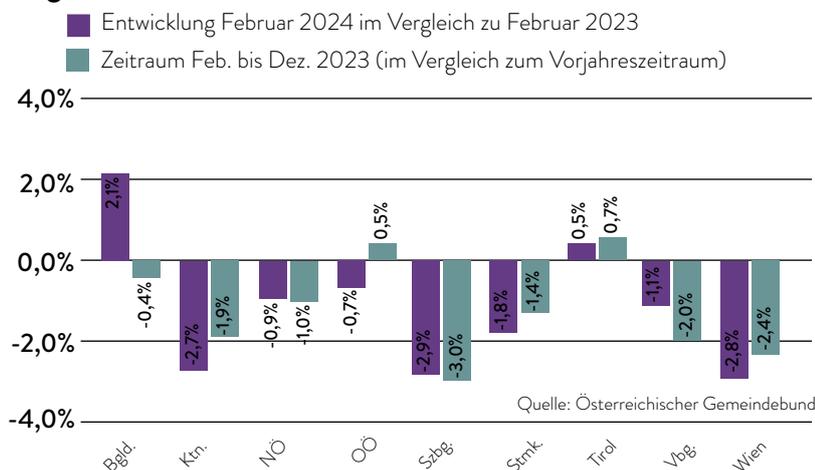
Neben den sehr schlechten Ergebnissen bei der veranlagten Einkommensteuer (-27%) und der Körperschaftsteuer (-58%) liegt dies vor allem an der weiterhin einbrechenden Grunderwerbsteuer (-26% oder -33

Millionen Euro), die zu knapp 94 Prozent den landesweiten Gemeinde Ertragsanteilen zukommt.

Burgenland schneidet im Ländervergleich am besten ab

Das monats- und bundesländerweise Ergebnis der Grunderwerbsteuer sorgt auch diesmal für länderweise unterschiedliche Entwicklungen bei den Vorschüssen. Im Burgenland stieg das Dezember/2023 Aufkommen an Grunderwerbsteuer gegenüber dem Dezember/2022 mit knapp 10% sogar leicht an und somit verzeichnen die dortigen Februar/2024 Vorschüsse mit 2,1 Prozent auch das beste Ergebnis. Die rote Laterne trägt Salzburg.

Ertragsanteile Februar der Gemeinden in den Bundesländern



GVV Präsident Erich Trummer mit LH-Stv.ⁱⁿ Gemeindefereferentin Mag.^a Astrid Eisenkopf
Foto: GVV Burgenland

Arbeitsgespräch mit Gemeindefereferentin

Zu einem Arbeitsgespräch mit der Gemeindefereferentin und LHStv. Astrid Eisenkopf kam es Anfang März. GVV Präsident Erich Trummer und GVV Landesgeschäftsführer Herbert Marhold diskutierten mit der Gemeindefereferentin und ihrem Mitarbeiter Georg Stenger über Kostendämpfungsmaßnahmen, neue Gesetze sowie über das Gemeindepaket des Landes und generell über die Lage bei den Gemeindefinzen.



Bgm. Michael Lampel und Vbgm. a.D. Johanna Auer erhielten den Ehrenring der Gemeinde Neufeld Foto: Gemeinde Neufeld

Neufeld: Ehrenringe für Auer und Lampel

BR Präs. a.D. Johanna Auer und BR Präs. a.D. Michael Lampel haben Mitte Februar den Ehrenring der Stadtgemeinde Neufeld am See erhalten. Johanna Auer war von 2008 bis 2022 Vizebürgermeisterin der Stadtgemeinde Neufeld am See. Michael Lampel, er feierte heuer seinen 60. Geburtstag, ist seit 2006 Bürgermeister. Der GVV Burgenland gratuliert den Geehrten herzlich.

Gemeindeentlastungspaket droht am Veto der ÖVP zu scheitern

Die finanzielle Situation der Gemeinden ist österreichweit so dramatisch wie nie. Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und die kommunalen Interessensvertretungen nahmen daher Verhandlungen für eine Strukturreform auf und haben ein Gemeindeentlastungspaket geschmiedet, das den Gemeinden schon 2024 eine Entlastung von 38 Millionen Euro gebracht hätte und bis 2030 auf über 50 Millionen Euro jährlich gestiegen wäre. Das Entlastungspaket droht am politischen Veto der ÖVP-Landesführung zu scheitern. Im Burgenländischen Landtag gibt es derzeit keine 2/3-Mehrheit, die zum Beschluss des Pakets erforderlich ist. GVV Präsident Erich Trummer fordert, dass die Gemeinden selbst entscheiden sollen, ob sie das Angebot annehmen. Bei einem Gemeindefinanzgipfel auf Einladung des GVV Burgenland stimmten 150 GemeindevorteilerInnen der SPÖ dafür, dass ausverhandelte Paket des Landes anzunehmen.

Das Angebot für eine nachhaltige Gemeindeentlastung soll nun in allen 171 Gemeinderäten behandelt werden und es soll dabei, mit konkreten Beschlüssen, für Klarheit sorgen. Mit einer entsprechend großen Unterstützung durch die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter sollen die Verhandlungen weiter gehen.

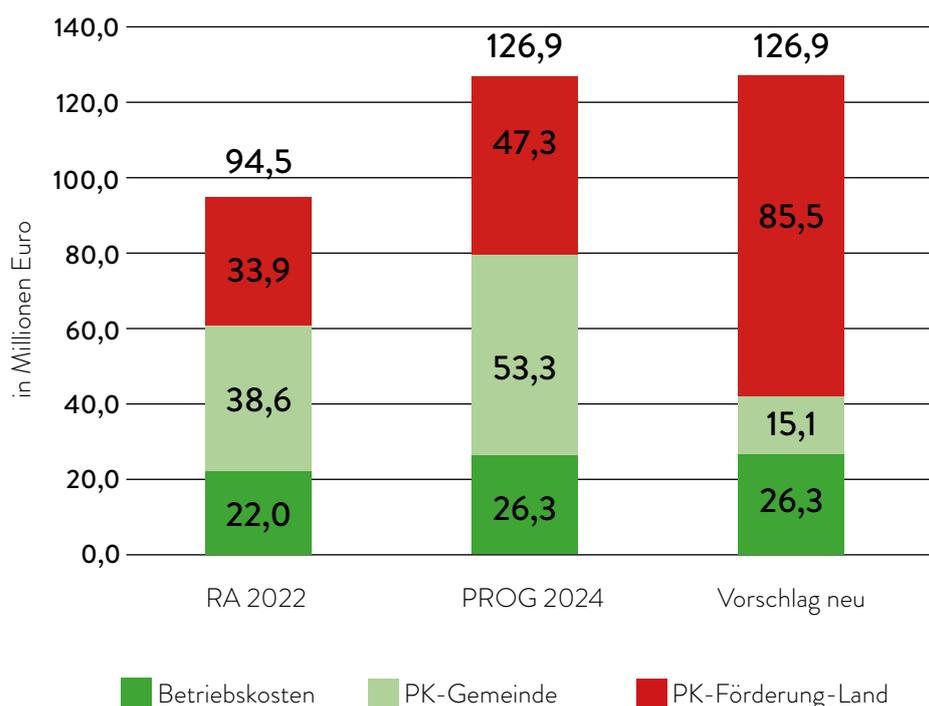
Um einerseits ein klares Bild vom Willen der Gemeinden zu bekommen und andererseits die Verhandlungen wieder in Gang zu bringen, hat der GVV zwei Muster-Anträge für die Annahme des Anbots des Landes Burgenland für die Gemeinderatssitzungen vorbereitet – eine für Gemeinden mit eigenem Kindergarten und eine für Gemeinden

ohne eigenen Kindergarten. Schließlich hat das Land den Gemeinden ursprünglich angeboten, dass die Personalkostenförderung des Landes für das Kindergartenpersonal von derzeit 45 auf 85 Prozent angehoben wird. Das hätte schon 2024 eine Entlastung von 38 Millionen Euro bedeutet, die durch die Personalkostensteigerung bis 2030 auf über 50 Millionen Euro jährlich gestiegen wäre (siehe Grafik unten). Die Personalhoheit wäre weiter bei den Gemeinden. Für die Stadt Oberwart hätte das nach den derzeit vorliegenden Zahlen z.B. schon im ersten Jahr rund eine Million Euro Entlastung pro Jahr bedeutet, für Halbturn rund 190.000 Euro, für eine kleinere Gemeinde wie Ollersdorf rund 140.000 Euro.

Im Rahmen dieser Strukturreform würde auch der Burgenländische Müllverband neu organisiert werden in der Landesholding. Die Leistungen des BMV sollen abgesichert werden und somit eine gleiche Versorgung bei landesweit einheitlichen Tarifen für alle Haushalte gewährleistet werden. Eine kostenlose Übernahme der Sperrmüllentsorgung soll – gemäß dem Landesangebot – eine nachhaltige Entlastung der Gemeindebudgets und die Sicherung der in Diskussion stehenden örtlichen Altstoffsammelstellen bringen (rund acht Millionen Euro pro Jahr).

„Die Gemeinden verlieren durch diese Ablehnung im heurigen Jahr 38 Millionen Euro. Es ist auch sehr bedauerlich, dass

Strukturänderungsvorschlag: Ausblick Kosten Kinderbetreuung Neu





Mehr als 150 GemeindevertreterInnen der SPÖ haben beim Gemeindefinanzgipfel im Martinhof in Neudorf für das ausverhandelte Paket des Landes für die Kommunen gestimmt
Foto: GVV Burgenland



JETZT
ONLINE
WECHSELN

Neuer günstiger
Stromtarif
für alle Privatkund:innen*



Optima12 Unabhängig+ 3.0 ● [burgenlandenergie.at](https://www.burgenlandenergie.at)

* Gültig ab 1. April 2024. Wechsel für Bestandskund:innen trotz Bindung möglich.

Der Landessüden würde in hohem Maß vom Gemeindeentlastungspaket profitieren: Regionalmanager Bgm. Fabio Halb, SPÖ Bezirksvorsitzender Jennersdorf Bgm. Mario Trinkl, SPÖ Bezirksvorsitzender Güssing Bgm. Jürgen Dolesch, SPÖ Landesgeschäftsführer Kevin Friedl



der aktuelle Obmann Stellvertreter des BMV und Bürgermeister von Oberwart den Verlust von einer Million Euro für die Stadt begrüßt und das persönliche Interesse in seiner Funktion vor dem Gemeinwohl stellt“, zeigt sich SPÖ Regionalmanager Bgm. Fabio Halb enttäuscht – so wie viele andere SPÖ-KommunalpolitikerInnen auch. „Es wären speziell die Gemeinden im Landessüden gewesen, welche durch das Gemeindepaket massiv entlastet wären, da

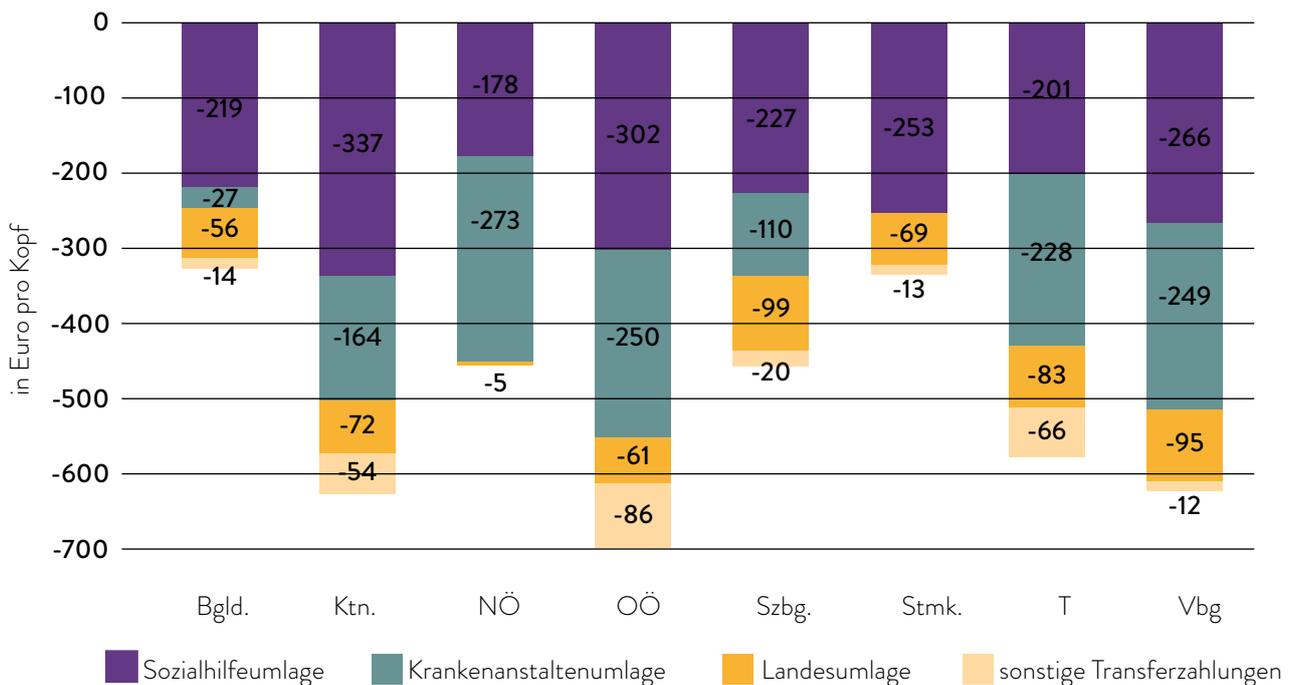
es sich in den südlichen Gemeinden eher um strukturschwache Gemeinden handelt“, stellt SPÖ Bezirksvorsitzender Jennersdorf Bgm. Mario Trinkl klar.

„Statt sich um die Anliegen der Gemeinden zu kümmern, haben FPÖ und ÖVP nur mehr den Wahlkampf im Kopf. Die FPÖ stellt im Burgenland keinen einzigen Bürgermeister und hat dementsprechend nichts für die Bedürfnisse der Gemeinden

übrig. Die Parteispitze der ÖVP Burgenland hat das Gemeindepaket abgelehnt, ohne ihre eigenen Bürgermeister über das Paket abstimmen zu lassen. Für unsere 171 burgenländischen Gemeinden ist diese Ablehnung ein Schlag in die Magengrube“, SPÖ Landesgeschäftsführer Kevin Friedl.

Bund ist grundsätzlich zuständig für die Finanzmittel der Gemeinden
Fakt ist, auch belegt durch zahlreiche Stu-

Transferzahlungen und Umlagebelastung der Gemeinden nach Bundesland und Umlagenart in Euro pro Kopf, 2021



Quelle: KDZ: eigene Berechnung 2023 auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2021.

dien des KDZ (Zentrum für Verwaltungsforschung), dass das 2023 beschlossene FAG keine spürbare Entlastung bringt. Die Probleme im Bereich Energiekosten, Erhöhung der Personalkosten usw. sind vielfältig und führen dazu, dass 2024 österreichweit mehr als die Hälfte der Gemeinden sogenannte Abgangsgemeinden werden. Zahlreiche Bundesländer haben daher mit ihren jeweiligen GemeindevertreterInnen umgehend Gespräche aufgenommen, um landesinterne Finanzpakete zu schnüren, um den Städten und Gemeinden zu helfen.

Trotz der dramatischen finanziellen Situation haben Burgenlands Gemeinden dennoch mit dem Land Burgenland im Bundesländervergleich seit vielen Jahren den besten Transfersaldo und die relativ geringste Umlagenbelastung (siehe Grafik S.8). „Aber eine Blockade des Entlastungspaketes wäre für unsere bisher gewohnten Gemeindeleistungen fatal. Von der Kinderbetreuung bis zur Altstoffsammelstelle, ganz zu schweigen von Investitionen in Zukunftsprojekte, würden vielfach die Mittel fehlen. Ich appelliere an alle Gemeindevertreterinnen und Gemein-



Die Gemeindepaket-Absichtserklärungen wurden auch auf den SPÖ Bezirksausschüssen in den Bezirken Eisenstadt/Umgebung und Mattersburg vorgetragen Fotos: GVV Burgenland



devertreter, im Sinne der burgenländischen Gemeinden und unserer Bürgerinnen und Bürger, kommunale Sachpolitik vor Partei-

politik zu stellen und die entsprechende Absichtserklärung zu unterstützen“, so GVV Präsident Erich Trummer.



Sandra Kirisits neue Vizebürgermeisterin in Stinatz: Bezirksfrauenvorsitzende Bürgermeisterin Michaela Raber, Landtagspräsidentin a.D., Landtagsabgeordnete Verena Dunst und die Vizebürgermeisterinnen Cornelia Kendl-Oswald und Tanja Illedits gratulierten die erst kürzlich gewählte Vizebürgermeisterin aus Stinatz, Sandra Kirisits. Frauen an der Spitze in der Politik sind „Mutmacherinnen“ für weitere Frauen, diesen Schritt zu wagen, betont Verena Dunst. Mit Birgit Karner aus Neuberg, Cornelia Kendl-Oswald aus Moschendorf, Tanja Illedits aus Ollersdorf und Sandra Kirisits aus Stinatz, stellt die SPÖ im Bezirk Güssing vier Vizebürgermeisterinnen und mit Michaela Raber aus Rauchwart eine Bürgermeisterin.

Foto: GVV Burgenland

Handwerkerbonus bringt nächste Entlastung

Der Burgenländische Handwerkerbonus, der sich bereits während der Coronakrise als Erfolgsmodell und effiziente Maßnahme zur Entlastung der Burgenländerinnen und Burgenländer sowie zur Ankurbelung der Wirtschaft erwiesen hat, kehrt 2024 zurück. Mit verstärkten Förderanreizen soll die Bevölkerung finanziell entlasten und die privaten Investitionen in Bau- und Sanierungsmaßnahmen angekurbelt werden. Insgesamt stehen fünf Millionen Euro zur Verfügung.

www.burgenland.at/hwb



Landeshauptmann Hans Peter Doskozil mit Landesrat Heinrich Dörner Foto: LMS

Österreichischer Gemeindebund: Johannes Pressl



Vor der Wahl: Der Vorsitzende am Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes

Ende Februar wurde der 53-Jährige Niederösterreicher und Präsident des dortigen ÖVP-Gemeindebundes, Johannes Pressl, mit überwältigender Mehrheit (94,4 Prozent) zum neuen Präsidenten des Österreichischen Gemeindebundes gewählt.

Er folgt damit Alfred Riedl aus Niederösterreich nach, der nach diversen Unregelmäßigkeiten in seiner Gemeinde, seine Funktion zurückgelegt hat. Wahlberechtigt waren insgesamt 54 anwesende Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus ganz Österreich, die über die jeweiligen Landesverbände parteiübergreifend nominiert wurden. Für den GVV Burgenland waren GVV-Präsident

Erich Trummer und GVV-Vizepräsidentin Renate Habetler wahlberechtigt.

Johannes Pressl ist seit 19 Jahren Bürgermeister der Gemeinde Ardagger im Bezirk Amstetten und seit dem Jahr 2021 Präsident des Niederösterreichischen Gemeindebundes. Dem Bundesvorstand präsentierte Johannes Pressl die wesentlichen Eckpunkte seines Arbeitsprogrammes. Ein Thema, das allen Gemeinden aktuell unter den Nägeln brennt, sind die Finanzen. „Fast jede Gemeinde hat Einbußen bei den Einnahmen und steigende Ausgaben, die alleine kaum mehr zu stemmen sind. Wir fordern daher die Bundesregierung zu Ge-



GVV Burgenland Präsident a.D. Ernst Schmid, GVV Burgenland Vizepräsidentin Renate Habetler und GVV Burgenland Präsident Erich Trummer mit dem neuen Präsidenten des Österreichischen Gemeindebundes, Johannes Pressl



Viel Applaus für den neu gewählten Präsidenten des Gemeindebundes Johannes Pressl

Fotos: GVV Burgenland

folgt Alfred Riedl als neuer Präsident



Im Rahmen einer Präsidiumssitzung vor der Bundesvorstandssitzung wurde einstimmig eine Resolution an die Bundesregierung ausgearbeitet. Darin wird die Aufnahme von Gesprächen über ein Gemeindepaket über eine Milliarde Euro für die nächsten zwei Jahre gefordert.

sprächen über ein Hilfspaket für die Gemeinden in Höhe von 1 Milliarde Euro auf“, betont der neue Präsident. Der GVV Burgenland hat in seiner Forderung 1,3 Milliarden Euro seitens des Bundes als Gemeindepaket gefordert.

In Sachen Bodenverbrauch nennt Präsident Pressl ein klares Ziel, nämlich Boden sparen, aber mit kommunalem Hausverstand, denn die Gemeinden sind von der Bevölkerung gefordert, auch weiterhin Platz für Kindergärten, Wohnraum, Infrastrukturen, Erneuerbare Energie und für Betriebe bereitzustellen. Weitere Themenschwerpunkte für den neuen Präsidenten sind die Reform der Grundsteuer, der Ausbau der Kinderbetreuung, die Themen örtliche Gesundheits- und Landarztversorgung, Pflege, Energiewende und Klimaschutz, Digitalisierung in den Gemeinden, die Vernetzung mit europäischen Partnern und die Stärkung des Bürgermeisteramtes.

Der GVV Burgenland gratuliert dem neu gewählten Präsidenten und wünscht sich eine gute Zusammenarbeit. Bereits im September wird der neue Präsident den Gemeindetag 2024 in Oberwart eröffnen.

Resolution beschlossen: eine Milliarde Euro für 2024 und 2025 notwendig

Im Rahmen der Bundesvorstandssitzung des Österreichischen Gemeindebundes wurde nach der Wahl des neuen Präsidenten einstimmig eine Resolution an die Bundesregierung beschlossen. Darin fordern die Vertreterinnen und Vertreter von 2.082 Gemeinden, Gespräche über ein Gemeindepaket in Höhe von einer Milliarde Euro. Konkret brauchen die Kommunen für die Jahre 2024 und 2025 frisches Geld zur Stärkung der Liquidität.

Bevölkerungsschutz Burgenland - ein wichtiger Partner für unsere Gemeinden!



Der Bevölkerungsschutz Burgenland, Katastrophen- und Zivilschutzverband hat es sich zum Ziel gesetzt, die Bevölkerung zum Selbstschutz vor Krisen, Katastrophen und allgemeinen Gefahren zu motivieren und in der Vorsorge zu unterstützen.

Ebenso unterstützt der Bevölkerungsschutz die burgenländischen Gemeinden bei ihrer Katastrophenvorsorge und der professionellen Vorbereitung auf verschiedene Krisenszenarien durch Schulungen, Beratungsgespräche und Bevölkerungsinformation. Die Mitgliedschaft beim Bevölkerungsschutz Burgenland ist also ein essenzielles Standbein im Katastrophenschutz der burgenländischen Gemeinden.

Im Jahr 2023 hat der Bevölkerungsschutz Schulungen der Gemeindeverantwortlichen auf dem Gebiet des digitalen Katastrophenschutzplanes und der professionellen Blackoutvorsorge abgehalten. Mehr als die Hälfte der Gemeinden hat dieses kostenlose Service in Anspruch genommen.

Gerne kommt der Bevölkerungsschutz auch in Ihre Gemeinde, um verschiedene Vorträge und Informationsveranstaltungen zum Wohl der Bevölkerung abzuhalten.

Bei Interesse wenden Sie sich bitte an office@bzsv.at.



**BEVÖLKERUNGS
SCHUTZ BURGENLAND**
Katastrophen- und Zivilschutzverband



GVV Österreich – Bundesvorstandssitzung in Wien: Mitte Jänner kam der Bundesvorstand des GVV Österreich in Wien zusammen. Themen waren unter anderem die finanzielle Situation der Kommunen, das Resultat des letzten Finanzausgleichs sowie die kommenden Wahlen in den einzelnen Bundesländern. Der GVV Österreich ist der Zusammenschluss aller sozialdemokratischen GemeindevertreterInnenverbände Österreichs mit Sitz in Wien. Mit dabei sind auch VertreterInnen von Wien sowie des Österreichischen Städtebundes. Vorsitzender ist der Bürgermeister von Trumau in Niederösterreich, NR Andreas Kollross. Für den GVV Burgenland mit dabei waren die Vizepräsidentinnen Renate Habetler und Ulrike Kitzinger sowie der 1. GVV Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold. Foto: GVV Bgld.

Pendlertransitverkehr-Stopp steigert Lebensqualität

Die Maßnahmen zum Stoppen des Pendlertransitverkehrs am Verbindungsweg zwischen Schattendorf und dem ungarischen Agendorf zeigen Wirkung. Lebensqualität und Verkehrssicherheit sind deutlich gestiegen.

Für Bürgermeister Thomas Hoffmann ist das eine Bestätigung für seinen Einsatz: „Wir haben alle rechtlichen Möglichkeiten bestmöglich ausgeschöpft, um wieder ein normales ‚Dorfleben‘ zu ermöglichen, wo Schüler mit dem Rad die Schule, Kinder mit dem Roller den Kindergarten und die ältere Generation – ohne zusätzliche Gefahrenquellen – den Pflegestützpunkt, den Friedhof und die Kirche besuchen können.“ Der

Bürgermeister Thomas Hoffmann, mit Kindern beim Grenzübergang beim Verbindungsweg Schattendorf-Agendorf

Foto: Gemeinde Schattendorf



ursprünglich angedachte Verbindungsweg zur Pflege nachbarschaftlicher Beziehungen hatte sich zur Pendler-Transitroute aus dem Raum Sopron in die Bezirke Mattersburg, Wiener Neustadt und Baden entwi-

ckelt. Eine Polleranlage in Kombination mit einem Vignettensystem ermöglicht es, dass nun nur noch jenen Personen einfahren, die ein erhebliches wirtschaftliches oder persönliches Interesse nachweisen können.

SPÖ-Ortsparteien luden um Preis-schnapsen: Im Gasthaus Csencsits wurde auf Einladung der drei SPÖ-Ortsparteien Gerersdorf, Sulz und Rehgraben Karten gespielt. Zum Gewinnen gab es Kernöl, Wurst und Bratwürste. Die drei Ortspartei-vorsitzenden Bgm. Roman Jandrisevits sowie die Ortsvorsteher Mattias Hafner und Edmund Hafner freuten sich über volle Tische.

Foto: GVV Burgenland



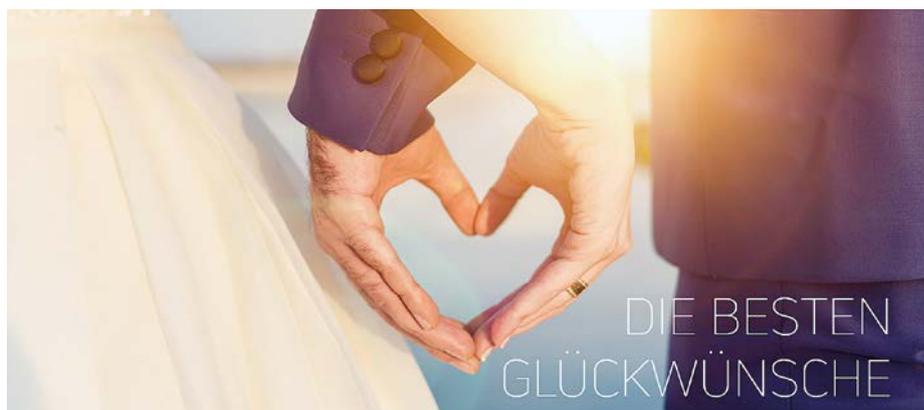
Print und Drucksorten mit neuem Design

Ausgewählte gedruckte Kommunikationsmittel können in vielen Bereichen hilfreich sein. Drucksorten wie Billets Visitenkarten können die eigene Tätigkeit und den Kontakt zur Bevölkerung maßgeblich positiv unterstützen. Der GVV unterstützt die SPÖ-Ortsorganisation und die Gemeindefunktionäre und bietet Drucksorten zu günstigen Konditionen in seinem Shop zum Kauf an. Diese präsentieren sich seit kurzem in einem neuen Design.

Das Angebot an Billets im GVV-Shop ist auf die Bedürfnisse des kommunalen Bereiches zugeschnitten und deckt die wichtigsten Anlässe wie Geburtstag, Hochzeit, Silberne, Goldene und Diamantene Hochzeit, Geburt, Diplom, Ostern, Valentinstag Anteilnahme und einige mehr ab. Der GVV Burgenland hat neue Sujets in Auftrag gegeben, die ab Herbst 2024 erhältlich sind.

www.gvbgld.at

Der GVV-Shop bietet eine große Auswahl an Billets zu verschiedenen Anlässen. Neu sind auch die Glückwünsche zum „Geburtstag“ und zur „Hochzeit“ Foto: GVV Burgenland



Zertifikatsverleihung des „Lehrgangs für Bürgermeister*innen und Vizebürgermeister*innen“: In den Räumlichkeiten der Fachhochschule fand die Zertifikatsverleihung des „Lehrgangs für Bürgermeister*innen und Vizebürgermeister*innen“ aus den drei südlichen Bezirken statt. In 15 Abendmodulen wurden 22 Teilnehmerinnen und Teilnehmern – davon 12 von der SPÖ – in 60 Präsenzstunden unter anderem in den Bereichen Gemeinderecht, Finanzwesen, Baurecht und Raumplanung geschult. Ausgerichtet wurde der Lehrgang von der Akademie Burgenland mit Unterstützung auch vom Land und vom GVV Burgenland. Die Auszeichnungen wurden von LH-Stv.ⁱⁿ Astrid Eisenkopf, GVV-Präs. Erich Trummer, GB-Präs. Leo Radakakovits und GFin Bettina Frank übergeben. Im Bild: Bgm. Marc Hoppel (Grafenschachen), Bgm. Wolfgang Nothnagel (Mariasdorf), Vzbgm.in Olivia Kaiser (Großpetersdorf), Bgm. Harald Kahr (Großpetersdorf), GVV-Präs. Erich Trummer, Vzbgm. Johannes Pfeffer (Grafenschachen), LH-Stv.in Astrid Eisenkopf, Bgm. Roman Dietrich (Oberdorf), Bgm. Roman Jandrisevits (Gerersdorf-Sulz), Vzbgm. Heinz Hermann (Litzelsdorf), Patrick Hafner (2. GVV-LGF) und Vzbgm. Michael Leitgeb (Oberwart). Die Verleihung der nördlichen Bezirke fand schon im Dezember 2023 statt.

Foto: GVV Burgenland



Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf feierte vor kurzem ihren 40. Geburtstag. Unter den Gratulanten waren auch GVV Präsident Erich Trummer und zahlreiche SPÖ-BürgermeisterInnen und -VizebürgermeisterInnen. Foto: GVV Burgenland

GVV und Bevölkerungsschutz kooperieren: „Dabei helfen, Haushalte krisenfest zu machen“

Der Zivil- und Bevölkerungsschutz setzt zahlreiche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Gefahren, die von Naturereignissen sowie technischen, terroristischen oder kriegerischen Ereignissen ausgehen. Angeboten werden unter anderem auch Schulungsangebote für Gemeinden und Städte.

Das Ziel des Bevölkerungsschutzes ist es, den Menschen des Burgenlandes eventuelle Gefahren aufzuzeigen und sie bei der Vorbereitung für einen krisenfesten Haushalt mit hilfreichen Tipps zu unterstützen: Die empfohlenen Selbstschutzmaßnahmen helfen, Gefahren der verschiedensten Art zu vermeiden, die Zeit bis zum Eintreffen der Einsatzorganisationen zu überbrücken und Katastrophenfälle möglichst unbeschadet zu überstehen.

Schulungsangebote

Der Bevölkerungsschutz Burgenland leistet mit Schulungsangeboten für Gemeinden, Schulen und Pensionistenorganisatio-

nen primär Präventionsarbeit. Er ist keine klassische Einsatzorganisation, wie Polizei, Bundesheer und Feuerwehr, sondern bereitet Entscheidungsträger des öffentlichen Lebens und die Zivilbevölkerung auf Krisen und Gefahren des täglichen Lebens vor.

Mittlerweile sind mehr als 160 burgenländische Gemeinden Mitglied beim Bevölkerungsschutz Burgenland. Der Verein finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge von Gemeinden und durch Mitteln vom Land Burgenland und ist der erste Ansprechpartner für die Bevölkerung und öffentliche Einrichtungen im Bereich der individuellen Krisenvorsorge und leistet diese Arbeit unentgeltlich.

Zusammenarbeit mit dem GVV

Eine professionelle Öffentlichkeitsarbeit ist das Rückgrat einer jeden Organisation und steigert den Bekanntheitsgrad im Land. Aus diesem Grund wurde eine Zusammenarbeit mit dem GVV Burgenland vereinbart. Mit wichtigen Sicherheitstipps in einem „Be-

völkerungsschutz-Eck“ in den Medien des GVV (Zeitschriften (Seite 11), Online-Medien) will der Zivil- und Bevölkerungsschutz Burgenland die GVV-Gemeinden und deren Einwohnerinnen und Einwohner sensibilisieren und so vor möglichen Unfällen und Krisensituationen im täglichen Leben weitestgehend bewahren.

Nur durch die ständige Steigerung des Bekanntheitsgrades, durch die Präsenz in den öffentlichen Medien und durch eine enge Zusammenarbeit mit Verbänden und Organisationen kann der Bevölkerungsschutz die Qualität seiner Arbeit laufend verbessern und das Leistungsangebot an die individuellen Bedürfnisse der Bevölkerung anpassen.

Der Bevölkerungsschutz Burgenland freut sich auf eine enge und vor allem professionelle Zusammenarbeit.

www.bzsv.at

Städtenetzwerke: Förderantrag bis 18. April einreichen

Neben der klassischen Gemeindepartnerschaftsförderung gibt es auch eine EU-Förderung für Gemeindeförderung. Der entsprechende Call ist bereits online, Gemeinden können den Förderantrag in Angriff nehmen.

Wie bereits in der Vergangenheit gibt es keine Förderobergrenze mehr, die Förderung wird anhand der beteiligten Gemeinden und durchgeführten Aktivitäten berechnet, insgesamt stehen 6 Mio. Euro zur Verfügung.

Gemeindeförderung müssen mindestens vier Gemeinden aus unterschiedlichen Staaten (mindestens 2 EU-Mitgliedstaaten) umfassen, das gemeinsame Projekt kann zwischen 12 und 24 Monaten dauern bzw. über diesen Zeitraum gefördert werden.

Förderwerber müssen ihre Projekte an den allgemeinen Zielen und Prioritäten für 2024 ausrichten. Die Übereinstimmung mit den Zielen und Prioritäten ist ein wesentliches Bewertungskriterium, ebenso wie die Qualität der vorgeschlagenen Aktivitäten. Zu beachten sind Gleichstellung und Nichtdiskriminierung, sie sollten in der Programmgestaltung und bei geplanten Treffen, Workshops oder Seminaren deutlich hervorgehoben werden.

Zu den Prioritäten zählt Folgendes:

- Bewusstseinsbildung und Wissensvermittlung über die Rolle von Minderheiten;

- Maßnahmen zur Demokratisierung europäischer Entscheidungsprozesse durch aktive Bürgerbeteiligung und Ausübung des Wahlrechts;
- Bürgerdialoge über Energie-, Klima- und Umweltpolitik und deren Auswirkungen bzw. Umsetzung in den Gemeinden;
- Auch die Aufarbeitung der COVID-19 Pandemie kann weiterhin zentrales Thema eines Städtenetzwerks sein.

Die Ziele des Programms sind unverändert. Es geht um direkten Kontakt zwischen Bürgern, das Kennenlernen der kulturellen Vielfalt Europas, die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen Gemeinden und die Stärkung der Rolle der Gemeinden im europäischen Integrationsprozess.

Gemeinden, die Anfang 2025 ein Netzwerk starten wollen, sollten den Antrag jetzt vorbereiten und spätestens am 18. April elektronisch einbringen. Die Förderzusagen erfolgen voraussichtlich im Frühjahr, die Unterzeichnung der Förderverträge, die Grundlage für den Start der Netzwerke sind, dürften bis Anfang 2025 unterschrieben werden. Grundsätzlich sollte mit dem Antrag nicht bis zum letzten Moment gewartet werden, da die Antragstellung durchaus kompliziert und zeitaufwendig ist. Neben einer detaillierten Aufstellung der geplanten Aktivitäten, inklusive Orten, beteiligten Partnern und Kategorien von Teilnehmern, sind auch einige administrative Dokumente erforderlich.

Französische Gemeinde sucht österreichische Partnergemeinde

Die Gemeinde Gondécourt in Nordfrankreich möchte sich mit einer Gemeinde in Österreich zusammentun und eine Gemeindepartnerschaft aufbauen.

Gondécourt befindet sich im Norden Frankreichs, ca. 10 km von der Metropole Lille entfernt, definiert sich aber dennoch als ländlich. Mit 4.000 Einwohnern, ca. 50 aktiven Vereinen und als Schulstandort für

3000 Schüler ist Gondécourt ein regionales Zentrum für die Jugend.

Interesse besteht an einer Partnergemeinde mit ähnlichen Strukturen, die bereit wäre, auf Englisch oder Französisch zu kommunizieren.

Kontaktfragen können beim Gemeindebund (Wien oder Büro Brüssel) angefragt werden. Tel.: 00322-2820 680, E-Mail: oegemeindebund@skynet.be



Abwasserrichtlinie – Einigung zwischen Rat und Parlament

Ende Jänner einigten sich die Verhandler von EU-Parlament und Rat auf die Neuausrichtung der kommunalen Abwasserrichtlinie. Für Österreichs Kläranlagen bedeutet das vor allem Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energie, Großanlagen müssen die vierte Klärstufe einführen.

Die kommunale Abwasserwirtschaft in Österreich sollte mit dem Verhandlungsergebnis weitgehend zufrieden sein. Vieles, was sich in der Novelle findet, ist in Österreich schon umgesetzt, wie etwa die Anschlusspflicht inkl. 2. Klärstufe für Gemeinden ab 1.000 Einwohnern. Kritische Punkte in den Verhandlungen, wie die Erhöhung der Stickstoffabscheidungsrate in der 3. Klärstufe, konnten entschärft werden. Die neue Richtlinie dürfte einen Zielwert von 80 Prozent Stickstoff- und 87,5 Prozent Phosphorabscheidung bis 2039 (Anlagen ab 150.000 Einwohnerwerten (EW)) bzw. 2045 (Anlagen ab 10.000 EW) enthalten.

Neu ist die Einführung einer vierten Klärstufe bis 2045, diese zielt auf Mikroschadstoffe aus Pharma- und Kosmetikindustrie ab. Hier sollen Investitionen und laufende Kosten zu mindestens 80 Prozent von den Verursachern im Sinne einer erweiterten Herstellerverantwortung getragen werden. Betroffen sind Großanlagen ab 150.000 EW und Anlagen ab 10.000 EW bei negativer Risikobewertung.

Die Rolle an der Spitze einer Gemeinde

Umgang mit wichtigen Alltagsaufgaben

Inhalt:

- Organisation des Arbeitsalltages
- Rhetorik (Kurzreden)
- Öffentlichkeitsarbeit als Gemeinde
- Personalführung

Zielgruppe:

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister
Vizebürgermeisterinnen und Vizebürgermeister

Zwei Termine zur Auswahl Tagesseminar – Beginn: 09:00 Uhr

Termin Süd:

Samstag, 13. April 2024
Hotel Telegraph, Oberwart

Termin Nord:

Samstag, 20. April 2024
Rathaus Neudörfel

Anmeldungen bis 05. April 2024 möglich

Seminare zum Prüfungsausschuss

Theoretische Grundlagen und Praxistipps

Vier Termine zur Auswahl Abendseminar – Beginn: 18:00 Uhr

Mittwoch, 17. April 2024
Gasthof Muschitz, Markt St. Martin

Donnerstag, 25. April 2024
Vitalhotel Strobl, Ollersdorf

Mittwoch, 08. Mai 2024
Saal Betreubares Wohnen, Breitenbrunn

Donnerstag, 16. Mai 2024
Hotel GIP, Großpetersdorf

Anmeldungen bis zum Freitag davor möglich

Anmeldungen für beide
Seminarreihen an
matea.nikolic@spoe.at



Wolfgang Sodl, Erich Trummer, Ulrike Kitzinger, Herbert Marhold und Patrick Hafner gratulierten Renate Habetler zu ihrem 60. Geburtstag
Foto: GVV Burgenland

60. Geburtstag von Bürgermeisterin Renate Habetler

Mitte Jänner feierte GVV-Vizepräsidentin Renate Habetler aus Bernstein den 60. Geburtstag. Habetler ist seit 2011 Bürgermeisterin von Bernstein und seit 2013 auch Vizepräsidentin des GVV Burgenland. In dieser Funktion vertritt sie den GVV auch im Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes und im GVV Österreich. Darüber hinaus ist sie im Rahmen des Österreichischen Gemeindebundes auch immer bei den österreichweiten Bürgermeisterinnen-Treffen dabei bzw. hat diese auch im Burgenland immer mitorganisiert. Bei der Feier stellten sich zahlreiche Gratulanten ein, darunter auch eine Delegation des GVV Burgenland mit GVV-Präsident Erich Trummer an der Spitze, GVV-Vizepräsidentin Ulrike Kitzinger, GVV-Bezirksvorsitzender Wolfgang Sodl sowie die beiden GVV-Landesgeschäftsführer, Herbert Marhold und Patrick Hafner.

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband
Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt
www.gvbgld.at

Redaktion: GVV Burgenland

Druck: Druckzentrum Eisenstadt, Graphische Werkstatt
GmbH, Mattersburgerstr. 23c, 7000 Eisenstadt
P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

Zulassungsnummer: 02Z034036 M